

Frommelt: «Das Parteienspektrum könnte sich schon noch weiter ausdifferenzieren»

Einschätzung «Mensch im Mittelpunkt» (MiM) will sich mit einem Referendum auf dem politischen Parkett etablieren. Geht man rein von Inhalten und Werten aus, sieht Christian Frommelt vom Liechtenstein-Institut durchaus Platz für sechs Parteien. Woran MiM trotzdem scheitern könnte, erklärt er im Gespräch.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Ab wann ist eigentlich eine Partei eine Partei? Würden Sie Mensch im Mittelpunkt (MiM) schon als solche definieren?

Christian Frommelt: Als Partei versteht man in den Politikwissenschaften eine Vereinigung von Bürgerinnen und Bürgern, die gemeinsame Interessen und politische Vorstellungen haben und in Wahlen antreten, um politische Macht in Parlamenten und Regierungen zu gewinnen. In Liechtenstein hält das Gesetz über die Ausrichtung von Beiträgen an die politischen Parteien fest, dass politische Parteien in Form eines Vereins organisiert sein müssen und sich zu den Grundsätzen der Verfassung bekennen müssen. Anspruch auf finanzielle Beiträge besteht nur, wenn eine Partei an Landtags- oder Gemeindewahlen teilgenommen hat und dort eine Mindestzahl an Wählerstimmen geholt hat. Allerdings ist es nach meiner Meinung bereits gerechtfertigt, von einer Partei zu sprechen, sobald ein ordentlich konstituierter Verein die Teilnahme an Wahlen in Aussicht stellt. Dies trifft auf den Verein Mensch im Mittelpunkt zu.

Am Anfang verlief die Gründung von MiM etwas turbulent, mittlerweile hat man gewisse Strukturen aufgebaut, ein Leitbild erstellt und sich auch als Verein eingetragenen. Wie beurteilen Sie den aktuellen Auftritt?

Die neue Website enthält grundsätzlich alle nötigen Informationen. So werden das Leitbild, die Statuten und die Personen vorgestellt. Ebenso bestehen Rubriken für Presseveröffentlichungen und -mitteilungen, es wird eine Kontaktadresse

genannt und man kann um eine Mitgliedschaft ansuchen. Schliesslich verfügt die Website über einen Blog und es besteht eine Verlinkung zu den sozialen Medien - sprich einer Telegramgruppe. Obwohl vielleicht da und dort Textbausteine fehlen, ist das doch einigermaßen seriös gemacht und weckt den Eindruck, dass sich die Partei langfristig etablieren möchte. Der Name «Mensch im Mittelpunkt» und der Slogan «Gemeinsam für Liechtenstein» sollen

«Der Name und der Slogan sollen wohl dem Image einer extremen Partei, das der Gruppierung anfänglich anhaftete, entgegenwirken.»



Christian Frommelt, Politologe und Direktor des Liechtenstein-Instituts sieht die Grenze für neue Parteien vor allem in der Grösse des Landtags. (Foto: Zanghellini)

wohl vor allem dem Image einer extremen Partei, das der Gruppierung anfänglich anhaftete, entgegenwirken. Das wichtigste Element der Website sind aktuell aber sicherlich die Informationen zum Referendum gegen die 2G-Gesetzesvorlage. Für MiM ist das eine grosse Möglichkeit, Aufmerksamkeit zu erhalten.

MiM hat angekündigt, gegen das 2G-Gesetz aktiv zu werden. Wird dieser Schwung bis zu den Landtagswahlen 2025 anheben?

Diese Frage lässt sich aktuell nicht beantworten. Relevanter ist derzeit eher, ob die Gruppe erfolgreich sein wird mit der Sammlung von Unterschriften für das Referendum. Auch hier lässt sich nur spekulieren. Ich denke aber schon, dass sie genügend Unterschriften sammeln werden.

Auf der anderen Seite ist nicht davon auszugehen, dass alle Gegner der 2G-Gesetzesvorlage automatisch auch Anhänger von MiM sind oder künftig sein werden.

Wie beurteilen Sie das restliche «Programm» abseits von Corona?

Auf den ersten Blick war ich überrascht, wie viele Themen das Parteiprogramm abdeckt. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber, dass die Positionen oft sehr vage verfasst sind. Um ein konkretes Beispiel zu geben: Unter dem Punkt Europapolitik heisst es: «Zentralistische Strukturen

widersprechen der Machtbegrenzung und gefährden die Demokratie.» Aber was heisst das jetzt und auf wen bezieht sich der Punkt? Ein Verweis auf die EU oder Liechtensteins Mitgliedschaft im EWR oder Schengen findet sich nicht. In anderen Punkten ist das Programm etwas konkreter. So wird unter der Rubrik Wirtschaft von einer «modernen Form der Sozialen Marktwirtschaft» gesprochen, im Bereich Infrastruktur wird festgehalten, dass Infrastrukturen und Dienstleistungen wie Post und Telekom grundsätzlich in der öffentlichen Hand sein sollen und dem Thema Ökologie wird eine prominente Rolle gegeben. Dies sind alles eher linke als rechte Themen. Zugleich fehlt das Thema Migration, welches bei rechtspopulistischen Parteien oft eine wichtige Rolle spielt. Eine seriöse Verortung von MiM auf einem Links-rechts-Schema ist im Moment aber noch nicht möglich. Besonders prägnant sind die Positionen im Bereich Medien, wo die Rede davon ist, dass «wieder eine freie Medienlandschaft geschaffen werden» müsse. Das ist schon ein happiger Vorwurf, der erst einmal belegt werden muss.

Haben solche Anti-Corona-Gruppierungen überhaupt eine Chance, auch ein Ende der Pandemie und damit der Massnahmen zu überstehen? Oder sind dafür die Anhänger doch zu bunt durchmischt?

Das hängt etwas davon ab, welche Ambition die Partei verfolgt. Wenn ich mich recht erinnere, hat die Partei in ihren ersten Auftritten gar davon gesprochen, eine Mehrheit der Landtagssitze anzustreben. Solche Ziele sind natürlich vollkommen illusorisch für eine neue Partei. Ich denke aber schon, dass die Pandemie und die damit einhergehende Polarisierung gewisse Spuren in der Politik hinterlassen wird und die etablierten Parteien gewisse Wähleranteile verlieren könnten. Dabei gehe ich aber von sehr kleinen Verschiebungen aus sowie allenfalls einem steigenden Anteil an Nichtwählenden. So oder so würde ich argumentieren, dass für MiM in der jetzigen Gründungsphase die Personen wichtiger sind als die Themen. Eine junge Partei braucht öffentlichkeitswirksame Aushängeschilder, das konnte man schon bei der DU mit Harry Quaderer und der DpL mit Herbert Elkuch feststellen.

Mit dem Widerstand gegen die Massnahmen fischt MiM derzeit wohl am ehesten beim DpL-Klientel. Was schätzen Sie, wem wird die Partei am ehesten Wähler abgraben? In unseren Umfragen geben am häufigsten Personen mit einer Nähe zur DpL an, dass sie die Coronapolitik der Regierung kritisch beurteilen und sich weniger weitgehende Massnahmen wünschen. Insofern würde es naheliegen, dass MiM auf das Wählersegment der DpL zielt. Allerdings gilt es hier erst abzuwarten, wie sich MiM zu anderen Themen positioniert und wie prominent die Gruppe diese Themen in ihrem Programm verankert. Das bisherige Programm enthält im Unterschied zum Programm der DpL ja doch zahlreiche linke Positionen.

«Eine seriöse Verortung von MiM auf einem Links-rechts-Schema ist im Moment noch nicht möglich.»

Mit dem jüngsten Abstimmungserfolg bei der Franchisen-Initiative hat die DpL zudem auch ein Momentum gefunden. Die DpL muss sich deshalb nicht zu viele Sorgen machen, Wähleranteile an MiM zu verlieren.

DU und DpL gleichzeitig funktionierte schon mal nicht. Ist über-

haupt Platz für eine sechste Partei in Liechtenstein?

Bei den Landtagswahlen im letzten Jahr haben sich DU und DpL tatsächlich stark konkurrenzisiert. In der Coronapandemie haben sich die Positionen der beiden Parteien aber teils stark unterschieden, weshalb die beiden Parteien sich wohl zunehmend auf eine andere Klientel ausrichten. Ob es nun aber Platz hat für eine weitere Partei, lässt sich so einfach nicht sagen. Generell denke ich schon, dass sich das Parteienspektrum in Liechtenstein noch weiter ausdifferenzieren könnte. So ist für mich auch eine Partei denkbar, die weiter links steht als die Freie Liste. Der beschränkende Faktor ist hier die Grösse des Landtages. Auf nationaler Ebene gibt es in Europa kein Parlament mit so wenigen Abgeordneten. Auch die Parlamente von Schweizer Kantonen mit einer vergleichbaren Bevölkerungsgrösse verfügen über deutlich mehr Abgeordnete. Hinzu kommt die hohe Sperrklausel in Liechtenstein von acht Prozent der landesweit abgegebenen Stimmen. Wenn es also um Inhalte und Werte geht, dann sehe ich schon Platz für sechs Parteien in Liechtenstein - strukturell eher nicht.

Das Interview wurde schriftlich geführt.

Referendum angemeldet

Wie vergangene Woche bereits angekündigt, hat Liechtensteins jüngste Partei «Mensch im Mittelpunkt (MiM)» das Referendum gegen das vom Landtag am 29. Juni beschlossene 2G-Gesetz angemeldet. Damit hat MiM nun nicht mehr ganz einen Monat Zeit, um die notwendigen Unterschriften von mindestens 1000 Stimmberechtigten zu sammeln. Die entsprechende Frist läuft noch bis zum 1. August. Verläuft dies erfolgreich, muss die Regierung innert drei Monaten eine entsprechende Volksabstimmung anberaumen.